



Lindauer Hoybote

Seite 2

Ab 2003: U&D des Club Vaudeville auf der Hinteren Insel

Lindau zeigt Zähne

Der Bahnhof bleibt auf der Insel!

Mit dem letzten Stadtratsbeschluss geht die Stadt Lindau auf Konfrontationskurs zur DB AG.

„Zug für die Insel endgültig abgefahren“ – so titelte die „Lindauer Zeitung“ ihren Aufmacher am 6. Oktober dieses Jahres. Und es wurde noch eins draufgesattelt. Der erst vor wenigen Monaten nach Lindau gekommene neue, junge Chefredakteur der „Lindauer Zeitung“ meinte die Lindauer belehren zu müssen: „Konfrontation bringt nichts“. So lautete die Überschrift seines Kommentars, indem die Falschbehauptung aufgestellt wurde: „Der Hauptbahnhof auf der Insel ist nicht mehr zu retten. Die Bahn sitzt am längeren Hebel und kann machen, was sie will.“

Doch die Mehrheit der Lindauer ließ sich weder entmutigen noch in die bedingungslose Kapitulation hineinkommentieren. Dem entsprechend einstimmig hat der Stadtrat am 23.10.2001 beschlossen, das bisherige Verhandlungsergebnis zwischen Stadt und Wirtschaftsministerium (Wiesheu, CSU) sowie DB AG „als unzureichend“ abzulehnen. Zudem wurde beschlossen, beim Freistaat Bayern und Bund zu beantragen, dafür Sorge zu tragen, dass die Insel Lindau auch in Zukunft mit einem angemessenen Angebot an Schienenregionalverkehr von und nach allen drei Richtungen – Friedrichshafen, Kempten/Memmingen, Vorarlberg – bedient wird.

Die uralte, bunte Forderung nach der Wiedereröffnung bzw. Neuanslegung von Nahverkehrshalten in Oberreitnau, Aeschach, Alpengarten, Reutin und Zech wurde erneut einstimmig bekräftigt.

Eine neue Qualität ist nun zusätzlich in die Bahnhofsdiskussion gekommen. Alle Fraktionen lösen sich spürbar von einer starren, resignierten Fixierung auf die angeblich übermächtige DB AG. Die erfolgreichen Eisenbahnbetreiber aus unserer Nachbarschaft werden endlich als realistische Alternative zu den arroganten, unfähigen deutschen Bahnbetreibern wahrgenommen. ÖBB, SBB, Mittelthurgaubahn, Montafonerbahn oder Bodenseeoberschwabenbahn haben signalisiert, auch in Zukunft noch in die City von Lindau, also auf die Insel fahren zu wollen, wenn sie künftig den Zugverkehr in Süden Deutschlands allein oder gemeinsam betreiben dürfen.

Die Bunte Liste hat am 23.10.2001 im Stadtrat die ungeteilte Zustimmung erhalten für ihren Antrag, dass die Stadt Lindau aktiv wird und sich überregional, grenzüberschreitend bemüht, um Verbündete aus Politik und Gesellschaft zur Erhaltung eines zukunftsfähigen Inselbahnhofs.“

Zudem haben wir auf den Bundestagsabgeordneten Albert Schmidt (Grüne) verwiesen. Er ist Mitglied des Aufsichtsrates der DB AG und war bisher als einziger Aufsichtsrat persönlich in Lindau. Schmidt hat Stadt und Stadträten geraten: „Gelassen und selbstbewußt reagieren!“

Alexander Kiss



**Der Inselbahnhof bleibt.
Der alte Stadtrat geht.
Die Bunte Liste steht.**

Zur Nominierung unserer Kandidatinnen & Kandidaten zur Stadtratswahl 2002 laden wir Sie herzlich ein:

Am Mittwoch, 14. November 2001
20.15 Uhr, im Gasthof Köchlin



Seite 3

Warum der „Apfelbaum“ eigentlich schließen müsste

Schluß mit dem Gestöpsle

Unterführungslos

Nach Jahrzehnten der Diskussion sollten die Bahnunterführungen am Langenweg und der Bregenzer Straße nun, gegen die Stimmen der Bunten Liste, gebaut werden.

Vor knapp zwei Jahren wurden beide Straßen als Bundesstraßen abgestuft. Eigentlich wären beide von ihrer Bedeutung her Staatsstraßen oder zumindest Kreisstraßen. Also hätten der Freistaat Bayern oder der Landkreis Lindau für den Unterhalt, aber auch für ein Drittel der Unterführungsbaukosten aufkommen müssen. Dann aber lockte der Freistaat mit einer „Höchstförderung von 75%“, wenn die LindauerInnen den Langenweg und die Bregenzer Straße als Gemeindestraßen übernehmen. Die Verwaltung unter OB Müller pries den Vorteil der Planungshoheit und Federführung der Stadt beim Bau der langersehnten Betonlöcher. Eine große Mehrheit schlug die Warnungen der Bunten Liste vor den hohen Folgekosten in den Wind. Denn neben dem Anteil an den Baukosten hätte die Stadt in Zukunft jährlich ca. DM 50.000.– für den Unterhalt der Unterführungen (Pumpen etc.) aufzubringen.

Es kam wie es kommen musste.

Die Stadt fing mit den Planungen an, kaufte erste Grundstücke, finanzierte vor. Plötzlich kommt die Meldung vom bayerischen Innenminister: 75% Förderung ja, aber nur bei gleichzeitigem Bau beider Unterführungen. Lindau konnte den Herrn Minister überzeugen, dass dies unmöglich sei. So einigte man sich auf die Formulierung: Zeitnah, also hintereinander sollte gebaut werden, aber im Jahr 2002 müssen wir anfangen. Der Wunsch einiger StadträtInnen, doch mit der Bregenzer Straße zu beginnen und dann zu prüfen, ob die zweite sündteure Röhre noch gebraucht wird, wurde von der Bauverwaltung als zeitlich nicht machbar abgelehnt.

Hoppla hopp wurde die Planung beim Langenweg vorangetrieben. Erst als die Bunte Liste den drohenden Verlust aller stadtbildprägenden Baumriesen am Langenweg aufdeckte und die Verwaltung statt 26 Millionen DM nun plötzlich 28 Millionen – nein eben nicht DM sondern Euro – errechnete, kamen der Stadtratsmehrheit Zweifel. Als nun auch noch der Freistaat seine Höchstförderung in Frage stellte und sich abzeichnet, dass die Unterführung der Bregenzer Straße erst geplant werden kann, wenn klar ist ob der Bahnhof nach Reutin kommt, beantragte die Bunte Liste eine Auszeit für das Verfahren.

Seite 4

Bunte Lust – Bunter Frust Was ist los im Rothmoos?



*Zu fällen einen schönen Baum
braucht's eine halbe Stunde kaum.
Zu wachsen bis man ihn bewundert
braucht er, bedenk es, ein Jahrhundert.*

Eugen Roth

Nichts überstürzen.

Es gilt folgendes festzuhalten: Die Unterführungen kosten den Steuerzahler ein Vermögen (ca. 56 Mio. DM). Sie verschandeln das Stadtbild erheblich. Wertvollster Baumbestand fällt zum Opfer.

Wirklich notwendig wären die Dinger nur, wenn der Hauptbahnhof nach Reutin käme. Eine Mehrheit im Stadtrat ist der Meinung, dass die Unterführung der Bregenzer Straße ausreicht.

Aufgrund dieser Sachlage darf die Stadt die Planungen nicht weiterverfolgen. Zuerst muss die Bahnhoffrage restlos geklärt werden. Danach kann, wenn es denn die Mehrheit so wünscht, die Bregenzer Straße unterführt werden. Den Langenweg aber sollten wir schonen. Er ist die über tausend Jahre alte Verbindung der Insel zum Festland und absolut schützenswert. Es ist mir klar, dass diese Entscheidung Mut erfordert. Aber die Alternative, eben weiter hoppla hopp drauflos stöpseln, wäre verantwortungslos. Projekte, wie z.B. die unter ähnlichem Zeitdruck erstellte Spielbank, mögen hier mahnend als Negativbeispiel genannt sein.

Uli Kaiser

Positionspapier der Bunten Liste zu den Terroranschlägen und ihren Folgen

Nach dem 11. September 2001 war es für uns schwer, das Ausmass dieses Verbrechens und das damit verbundene Leid zu begreifen.

Wir hatten jedoch kaum Zeit, unsere Trauer und unser Entsetzen zu verarbeiten.

Die Reaktion des amerikanischen Präsidenten und seiner Berater ließ nicht lange auf sich warten. Ihre Antwort hieß Krieg!

Ein demokratischer Staat zeichnet sich dadurch aus, dass er Verbrecher vor ein Gericht stellt und verurteilt. Krieg dagegen macht aus Menschen Mörder und tötet unschuldige Zivilisten.

In einem Interview (Tagesthemen in der ARD) sagte US-Verteidigungsminister Rumsfeld zum Thema zivile Opfer: „Bei solchen Operationen lässt sich dies nicht vermeiden.“ Diese Aussage ist zynisch und menschenfeindlich. Die amerikanische Aussenpolitik hat beim Thema zivile Opfer eine traurige Geschichte (Hiroshima, Nagasaki, Korea, Vietnam,

Irak oder die CIA-Umtriebe in Chile, Guatemala, Nicaragua, Panama). Auch Osama bin Laden wurde vom CIA aufgebaut und ausgerüstet, solange er im Interesse der USA agierte.

Dies ist keine Rechtfertigung der Anschläge in den USA, denn das Töten von Menschen ist immer ein Verbrechen. Aber wir finden, es wäre an der Zeit, dass die Supermacht USA ihr weltweites Handeln kritisch reflektiert.

Es gibt kein Patentrezept zum Austrocknen des Terrorismus. Eine gerechte Verteilung der Güter, Grundlagen für eine ausreichende Ernährung, Toleranz statt Arroganz sowie Ausbildung und Bildung zur Selbsthilfe wären im Umgang mit den sogenannten Schwellenländern und der dritten Welt sicher hilfreicher als Waffenlieferungen (USA weltweit Nummer 1), Bevormundung und Ausbeutung.

Wir erklären uns solidarisch mit den Angehörigen der Opfer der Terroranschläge, aber eine Solidarität mit Georg W. Bush und seinen Beratern würden wir als unzivilisiert empfinden und kann es somit für uns nicht geben.

Michael Hangel

Guter Wille der Stadt erkennbar

U&D des Club Vaudeville – ab 2003 wieder sicher auf der Hinteren Insel.

Eine gute Nachricht für alle Freunde des Umsonst & Draußen, welches der Club Vaudeville jedes Jahr im Sommer veranstaltet. Das Konzert war im Jahr 2001 aufgrund der Umbauarbeiten auf der Hinteren Insel in den Toskanapark verlagert worden.

Eine Publikumsbefragung am Veranstaltungsabend ergab, dass eine überwältigende Mehrheit der Zuschauer den angestammten Veranstaltungsort Hintere Insel favorisiert. Nun steht fest: Spätestens ab dem Jahr 2003 wird die traditionsreiche Veranstaltung wieder am angestammten Platz auf der Hinteren Insel stattfinden.

Dies wurde vom Hauptausschuß in öffentlicher Sitzung am 9.10.2001, bei der unter anderem auch einige Vertreter des Clubs anwesend waren, beschlossen.

Für 2002 müssen sich die Vaudeviller, da die Grünanlagen auf der Hinteren Insel voraussichtlich noch nicht bespielbar sein werden, noch mit einer vom Stadtrat angebotenen Alternativlösung zufriedengeben, und ein weiteres Mal in den Toskanapark, auf die Schindlerwiesen oder auf den befestigten Parkplatz auf der Hinteren Insel ausweichen. Als einzig praktikable Lösung sieht der Veranstalter hierbei den Toskanapark, da die anderen Plätze aus logistischen, lärmschutztechnischen und platzbedingten Gründen noch ungeeigneter seien.

Viele Gründe gibt es, die für den Veranstaltungsort Hintere Insel sprechen. Um nur einen zu nennen: Im Toskanapark sind 2001 laut Angaben der Polizei Lindau 22 Lärmbeschwerden eingegangen, in den letzten Jahren auf der Hinteren Insel hatten sich fast keine Lärmbeschwerden mehr ergeben. Die Vertreter des Club Vaudeville sehen in diesem Votum eine sehr wichtige Grundsatzentscheidung, da in Lindau bisher kein Ausweichort für derartige Veranstaltungen zur Verfügung stand.



Herbst 2001: Noch eine triste Baustelle. Ab 2003 findet hier wieder das „Umsonst & Draußen“ statt.

Vergessen werden sollte auch nicht der Kampf der Bürgerinitiative um Max Strauß, die diese Grünfläche vor den Baugebüsten von Dr. Mang und Wund für die Öffentlichkeit gerettet hat.

Der nunmehr gute Wille der Stadt ist auch ersichtlich durch die im Beschluss festgehaltene eindeutige Anweisung an die Stadtgärtnerei, die Planung der Grünanlagen so zu gestalten, dass eine Veranstaltung von der Größe des U&D ohne größere Probleme durchgeführt werden kann. Offenkundig ist es der Stadt wirklich ein Anliegen, den Lindauern auf der Hinteren Insel einen Festplatz zur Verfügung zu stellen. Nehmen wir sie beim Wort!

Chris Schabronath

Städtische Jugendpolitik ist mehr als „Fun-Park“

Interfraktioneller Antrag zur Musikschule

In seiner Sitzung am 30.05.2001 hat der Verwaltungsrat der Musikschule mehrheitlich eine Anhebung des Schulgeldes beschlossen. Über die vergangenen Jahre besehen, liegen die Schulgelderhöhungen weit über den Werten durchschnittlicher Lohnerhöhungen bzw. eines Inflationsausgleichs (z.B. Einzelunterricht 45 Minuten 1991: DM 96,00, 2001: DM 142,27 – entspricht einer Steigerung von 48,2 %). Der Besuch der Musikschule wird damit mehr und mehr das Privileg der gehobenen Gesellschaftsschicht.

In der Präambel der Satzung der Musikschule Lindau ist zu lesen: „Der Verein soll auch wirtschaftlich schwachen Familien Musikunterricht ermöglichen“.

Diese Zielsetzung ist in Gefahr, weil der städtische Zuschuss nicht in angemessenem Verhältnis steigt. Mittel- und langfristig steht zu befürchten, dass lernwillige und talentierte Schüler sich von der Musikschule abwenden. Dies kann nicht im Sinne einer vernünftigen städtischen Jugendpolitik sein. Die in gleichbleibender Höhe gebildeten Rücklagen der Musikschule sind ausschließlich zur Sicherung der Lohnfortzahlungen für den finanziellen Notfall gedacht, wenn z.B. der Landkreis- oder Staatszuschuss drastisch gekürzt wird oder ganz wegfallen sollte. Bei der personalintensiven Arbeit der Musikschule wird eine entsprechende Rücklage also dringend benötigt. Wir beantragen daher, den städtischen Zuschuss jeweils der Deckungslücke anzugleichen, um Steigerungen des Schulgeldes maximal auf das Mass eines Inflationsausgleiches zu begrenzen.

Die Erfolgsgeschichte der Bunten Liste

Ein Rückblick auf Stadtratsentscheidungen, die auf die zwanzigjährige Arbeit der Bunten Liste zurückgehen

Teil 3

Im Jahr 1991 zog die Bunte Liste (erste) Konsequenzen aus einem immer wieder zu beobachtenden Ärgernis. Zwar hat sie immer wieder Mehrheiten für ihre Anträge gefunden, doch bei der Umsetzung mußte sie oft mehrere Jahre, wenn nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag warten, was mancher "Opposition" die Chance gab, nach Jahren einen fast gleichlautenden Antrag einzubringen und sich im Erfolg zu sonnen. Die Bunten forderten also eine Beschlüßkontrolle, damit die Beschlüsse nicht immer wieder vergessen werden konnten. Leider nützte dieses wenig. Wer sollte die Realisierung der Beschlüsse kontrollieren, wenn nicht dasselbe Gremium, das an der Verschleppung Interesse hatte? So bleibt also auch für die zukünftigen Bunten noch viel Arbeit!

Etwas leichter waren Erfolge bei zwei anderen Anträgen zu erringen:

Um die Überhand nehmende Autolawine, die auch Lindaus Schulhöfe überrollt hatte, ein wenig einzudämmen, forderten die Bunten eine Wiederbegrünung der zu Parkplätzen mißbrauchten Pausenflächen. Zwar scheiterte dieser Antrag unter anderem am Widerstand einiger Lehrer, die ihre lieb gewonnenen Parkplätze bedroht sahen. Dennoch wurden manche Schulhöfe von den Blechkisten befreit, leider unter Beibehaltung des Asphalts. Der andere Antrag galt der Verbesserung des Seniorentreffs. Nach einer auf Dauer unbefriedigenden Zwischenlösung, sah der Seniorentreff mit dem geplanten Umzug in das ehemalige Spielbankbüro endlich Räumen entgegen, die ihm die Realisierung von schon lang gehegten Träumen ermöglichen würde.

Das Verbot zur Zweckentfremdung von Wohnraum, wodurch der immer wieder zu beobachtenden Umwandlung von Wohnräumen zu Büroflächen begegnet werden sollte, wurde zwar angenommen, doch durch Anordnung aus München wegen angeblich zu hohen Verwaltungsaufwandes wieder aufgehoben.

Daß die von den Bunten beantragte Überprüfung der städtischen Kindergärten auf gesundheitsgefährdende Stoffe, wie Dioxin, PCB und andere Umweltgifte, von den übrigen StadträtInnen angenommen wurde, ist völlig selbstverständlich.

Das Jahr 1993 sollte den Bunten – und damit unserer Stadt – eine ganze Reihe von Langzeiterfolgen bringen, die noch bis in die nächsten Jahre des begonnenen neuen Jahrhunderts hineinreichen werden:

Zunächst wurde ein überfälliger Schritt zur Lösung des unhaltbaren Zustandes des Übergangwohnheims Zech getan: Der Antrag der Bunten auf das Ende von Neueinweisungen ins Mau Mau wurde angenommen. Gleichzeitig wurde dessen Auflösung beschlossen, worauf bis heute alle zwei der drei Gebäude abgerissen wurden.

Dann wurde der von allen anderen Stadtratsfraktionen geforderte Auffangparkplatz am Kamelbuckel gegen den Widerstand der Bunten Liste beschlossen, die immer wieder Gesichtspunkte des Umweltschutzes und die unwiederbringliche Landschaft am Seeufer als Gründe anführten. Die Asphaltkoalition ließ sich nicht überzeugen. Um noch zu retten, was zu retten ist, beantragten die Bunten zumindest eine Bürgeranhörung (loblicherweise schlossen sich diesem „Kompromißvorschlag“ einige andere StadträtInnen an), doch auch diese Forderung wurde mehrheitlich abgeschmettert. Die Freunde von Blechkisten in Landschaftsschutzgebieten mußten letztendlich doch noch eine saftige Ohrfeige einstecken, als die von uns angerufene Obere Landschaftsschutzbehörde ein Verbot des Parkplatzes an diesem sensiblen Ort aussprach. Geschehen heutzutage noch Zeichen und Wunder? Nein, es bedarf nur offensiver Informationspolitik durch die Bunten!

Fortsetzung folgt im nächsten Hoyboten

Eckhard B. Strohschänk

Gut gebrüllt, Löwe

Zum Bericht: „Bahr plant zwei neue Überführungen“, LZ vom 9. Oktober:

Gefahrenstelle entschärfen

Es ist völlig anverständlich, dass sich Herr Karlheinz Brombeis und die Bunte Liste gegen eine Entschärfung dieser Gefahrenstelle einsetzen und eine Gefährdung der Kinder in Kauf nehmen. Es bleibt nur zu hoffen, dass im Interesse der Schulfachkräfte die Mehrheit des Lindauer Stadtrates an ihrer Entscheidung festhalten und den Umbau schnellstmöglich umsetzt. Günther Brombeis, Lindau

Da versucht mein Stadtratskollege Günther Brombeis doch allen Ernstes, mir und der Bunten Liste unterzujubeln, wir seien gegen eine Entschärfung der Gefahrenstelle an der Bahnunterführung Wackerstrasse und würden gar eine Gefährdung der Kinder in Kauf nehmen.

Wer uns kennt, weiß, das dies so nicht stimmen kann. Wir haben allerdings etwas dagegen, wenn Probleme ausschließlich mit Bauprojekten zu lösen versucht

werden, und das in Zeiten klammer Haushaltslagen. An besagter Engstelle wird durch die bestehende Einspurregelung schon jetzt der Autoverkehr massiv entschleunigt. Mit Ausnahme von einigen notorischen oder ortsunkundigen Schnellfahrern, haben das die meisten kapiert. Warum also nicht im Bereich dieser NoCh-Gefahrenstelle einen verkehrsberuhigten Bereich einrichten, in dem die Fußgänger Vorrang vor allen anderen Verkehrsteilnehmern genießen, und die Autos maximal Schrittgeschwindigkeit fahren dürfen. Das wäre sicher den gegenwärtig noch zahlreichen Schleifwegfahrern zu lästig. Das Verkehrsaufkommen würde reduziert, was auch den Haltepunkt Aeschach deutlich aufwerten und attraktiver machen würde. Mit dem denkbar geringsten Aufwand kommen wir damit unserer Bunte Zielsetzung näher: „Vorrang für die schwachen Verkehrsteilnehmer“.

Karl Heinz Brombeis



Mit geringem Aufwand Gefahr und Trostlosigkeit beseitigen: Die Unterführung an der Wackerstraße.

Aktuelle Meldung: Die Stadt Lindau verzichtet auf den Sofortvollzug der Beschlüsse und lässt den Betrieb derzeit weiterlaufen.

Warum der „Apfelbaum“ eigentlich schließen müsste!

Die bei Alt und Jung beliebte Gaststätte „Apfelbaum“ sowie die Diskothek „Night Life“ – beide im Lindaupark beheimatet – müssten zum 31.10.2001 schließen, weil dies der Stadtrat von Lindau einstimmig (!) beschlossen hat.

Nachdem die „Lindauer Zeitung“ hierüber nur oberflächlich, unverständlich und lückenhaft berichtet hat, sind die FreundInnen und BesucherInnen von „Apfelbaum“ und „Night-Life“ auf „Lindaus verschnarrte Stadträte“ nicht gut zu sprechen. Die Vorwürfe lauten: Man wolle gezielt dem sowieso schon bescheidenen Lindauer Nachtleben den Garaus machen. In Lindau, „wo eh nix los ist“, hat man erst die Grub kaputt gemacht, die Jugend von der Insel ins Gewerbegebiet vertrieben und jetzt machen die da im Stadtrat auch noch den Apfelbaum dicht. Eine solche, auf Desinformation beruhende Sichtweise verkennt mehrere Tatsachen:

1. Der Stadtrat hat nicht nur eine Nutzungsuntersagung für „Apfelbaum“ und „Night-Life“ beschlossen, sondern gleichzeitig ein Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes eingeleitet mit dem Ziel, die Liste der zulässigen Nutzungen im Sondergebiet „Einkaufszentrum“ um eine Diskothek bzw. einen diskothekenähnlichen Betrieb zu erweitern. Zeller und Günter Brombeiß (Freie Bürger) lehnten dies ab und haben dagegen gestimmt.
2. Die meisten Stadträte haben sich fraktionsübergreifend positiv über die beiden Diskotheken im Lindaupark ausgesprochen und die Bemühungen der Betreiber um Lärmsenkung und –Vermeidung ausdrücklich anerkannt.
3. Kein Stadtrat wollte die Schließung, weil ihm Betreiber, Stil, Publikum, Art oder Lebensart mißfallen.

4. Die Stadträte haben aber vor ihrem Schließungsbeschluss mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, dass die Stadtverwaltung dem Betreiber bislang nur drei, jeweils auf wenige Monate befristete, vorläufige Konzessionen erteilt hat.

5. Dabei haben die Stadträte gelernt, dass für den Betrieb einer Gaststätte neben der gaststättenrechtlichen Konzession die baurechtliche Zulässigkeit gegeben sein muss, was übrigens ein Diskobetreiber wissen sollte.

6. Die Firma Feneberg GbR als Vermieterin von „Apfelbaum“ und „Night-Life“ hat gewusst, dass laut Bebauungsplan der Betrieb einer Diskothek oder eines diskothekenähnlichen Betriebs im Lindaupark unzulässig ist.

7. Als es um die baurechtliche Genehmigung ging, hat die Lindaupark-Betreiberin als Nutzung für die „Apfelbaum“-Flächen sehr allgemein „Tanzen“, „Tanzlokal“ und sogar „Tanzschule“ angegeben, was jetzt bereits zulässig wäre.

8. Nach Inbetriebnahme des Lindauparks hat sich aber eindeutig herausgestellt, dass hier eine Diskothek und ein „diskothekenähnlicher Betrieb“ laufen, was jedoch rechtlich derzeit nicht zulässig ist.

9. Die Stadt kann derzeit eine Disco im Lindaupark nicht genehmigen und aus haftungsrechtlichen Gründen auch nicht länger dulden – auch wenn man dafür ist.

Jetzt heißt es zunächst einmal abzuwarten. Denn erst wenn das Bebauungsplan-Änderungsverfahren abgeschlossen und die im Lindaupark zulässigen Nutzungen um Diskothek erweitert sein wird, können „Apfelbaum“ und „Night-Life“ wieder im gewohnten Stil, dann aber legal weitermachen.

Alexander Kiss

In Lindau gibt es doch zweierlei Bürger

Kaum zu glauben: Die Flächen am Marktplatz läßt sich die Stadt von den Markthändlern teuer bezahlen, während Flächen am Seehafen zu Schleuderpreisen vermietet werden.

In Lindau wird anscheinend mit zweierlei Maß gemessen. Die Lindauer Wochenmarktbestücker zahlen ihre Standgebühren regelmäßig für das Sommerhalbjahr (von 1.4. bis 31.10.) im voraus. Für diese Standgebühr von 62,- DM pro qm, (im Winter 38,- DM pro qm und ein Tag pro Woche) dürfen die Wochenmarkthändler ihre Waren von 7.00 bis 13.00 Uhr an zwei Tagen pro Woche anbieten. Dieser qm-Mietpreis ist nicht wie bei anderen Gewerbetreibenden Mietern von öffentlichem Grund seit Jahrzehnten gleich, sondern ist stetig gestiegen. Dazu einige Zahlen des qm-Mietpreises öffentlichen Grundes auf dem Marktplatz:

1991: 36,- DM/ qm
1999: 46,- DM/ qm
2001: 62,- DM/ qm

Dies bedeutet eine Mietpreissteigerung von ca. 70% in den vergangenen 10 Jahren. Diese Preissteigerung an sich soll hier nicht verurteilt werden. Beunruhigend, wenn nicht sogar sehr ärgerlich ist, dass mancher Bürger offenbar gleicher ist als gleich.

So gibt es einen Antrag eines Lindauer Hoteliers am Seehafen, auf weiteren Mietbedarf öffentlichen Grundes. Es stellte sich dabei heraus, dass betreffender Hotelier bereits öffentlichen Grund für seine Gastronomie seit Jahrzehnten angemietet hat und zwar 120 qm zum Preis von jährlich 610,- DM. Dies entspricht dem „stolzen“ qm-Preis von 5,80 DM.

Der Clou an der Sache ist, dass dieser Mietpreis in den letzten Jahrzehnten nicht erhöht wurde und das öffentliche Grundstück täglich, das ganze Jahr, von besagtem Hotelier benutzt werden kann. Damit in Zukunft alle Mieter öffentlichen Grundes gleich sind und nicht manche gleicher als gleich, ist es höchste Zeit, dass dieser Uralt-Mietvertrag gekündigt wird. Zu prüfen ist, ob es im Archiv der Lindauer Stadtverwaltung ähnliche längst veraltete Mietverträge gibt, die dringend gekündigt und auf einen aktuellen Stand gebracht werden müssen. Beim Abschluss neuer Mietverträge, muß darauf geachtet werden, dass es künftig in Lindau keine Bürger zweiter Klasse mehr gibt.



Zum Schleuderpreis vermietet die Stadt am Hafen städtischen Grund – und das seit Jahrzehnten!

Ein starkes Stück

Eingeschränktes Industriegebiet Heuried

Das Heuried war früher ein großes, zusammenhängendes Biotop in Reutin von seltenen, schützenswerten Pflanzen und Tieren bevölkert. Reste des Heurieds sind auch heute noch eine kleine, grüne Oase.

Andere Teile des Heurieds, nördlich des Heuriedwegs sind jedoch seit langem kein Biotop mehr, sondern Gewerbegebiet.

Der Zielkonflikt lautet: Schutz und Erhalt der Natur gegenüber Erhalt von Arbeitsplätzen und Sicherung von Firmenstandorten.

Dieser Konflikt hat vor ein paar Jahren auch den Lindauer Stadtrat beschäftigt und seinen Niederschlag gefunden im Bebauungsplan „Gewerbegebiet Heuried“. Darin wurden – mit starker Unterstützung der Bunten Liste Lindau – rote Stopp-Linien gezogen, endgültige Baugrenzen über die hinaus nicht mehr gebaut werden darf. In diesem Bebauungsplan wurden aber auch ein paar Ausnahmen eingeräumt, um den bestehenden Firmen gewisse existenzhaltende, zukunftsichernde Erweiterungen zu ermöglichen.



Grün kaputt: Eine fast vier Meter hohe Mauer umschließt das Betriebsgelände einer heimischen Recyclingfirma. Wenn Bäume schreien könnten ...

Im September hatte sich der Lindauer Stadtrat wieder mit dem Heuried zu befassen. Ursache war die Absicht einer im Heuried noch nicht ansässigen Lindauer Firma, auf dem ehemaligen BARESEL-Gelände "eine Anlage zur Verarbeitung von Bauschutt einzurichten." Eine solche Anlage ist wegen Lärm und Staub sowie Verkehrsemissionen nur in einem Industriegebiet zulässig. Im Bebauungsplan Heuried ist aber kein Industriegebiet fixiert, sondern nur ein Gewerbegebiet.

Um der Firma trotzdem die Errichtung ihrer Anlage zu ermöglichen, haben Verwaltung und Oberbürgermeisterin nun vorgeschlagen das „Gewerbegebiet Heuried“ dort in ein „eingeschränktes Industriegebiet“ umzuwandeln. CSU, SPD, WL und Freie Bürger stimmten dem leider bedingungslos zu. SPD-Mann Uwe Birk behauptete sogar, die Firma genieße Vertrauensschutz. Der gilt aber nur für Vorhaben, die dem gültigen Bebauungsplan entsprechen. Die geplante Bauschuttverarbeitungsanlage tut dies unbestritten nicht.

Die Bunte Liste Lindau hat dem nicht zugestimmt, sondern ihre Zustimmung von folgender Bedingung abhängig gemacht: Die Stadt schafft hier ein „eingeschränktes Industriegebiet“ nur, wenn auf diesem Grundstück die Baugrenze von Norden nach Süden verschoben wird. Unser Argument: Wenn der Stadtrat der Firma zuliebe den Bebauungsplan ändert, dann können der Natur zuliebe auch die Baulinien geändert, weitere Flächen des Heuried-Biotops vor Versiegelung geschützt und von Bebauung frei gehalten werden. Einem entsprechenden Buli-Antrag stimmten nur Peter Borel und die Stadträte der Bunte Liste Lindau zu.

Alexander Kiss

P.S.: Vier Tage nach der Heuried-Entscheidung konnte in der Tagespresse nachgelesen werden, dass der Geschäftsführer der Firma auf der CSU-Liste für den kommenden Stadtrat kandidiert. Zufall?

12 Jahre vergangen und noch kein Land in Sicht

Was ist los im Rothmoos?

„Pläne werden konkret!“, so die Titelüberschrift in der LZ vom 10.10.2001 zur Bebauung im Oberen Rothmoos. „Im Rothmoos immer noch nichts los!“, so lautete die Überschrift im Hoyboten Juli 1995. Damals mahnte die Bunte Liste an, daß nach 6 Jahren im Rothmoos nichts passiert ist. Konkret: Der Stadtrat beschloss 1989 einen Bebauungsplan für das Obere Rothmoos, um der herrschenden Wohnungsnot zu begegnen. Somit dauerte es sage und schreibe 12 Jahre, bis nunmehr der endgültige Bebauungsplan realisiert wird. Ein unternehmerischer und vor allem politischer Skandal in dieser Stadt!

Wenn jetzt die Schuldzuweisung darin gipfelt, dass der technische Leiter der GWG, Radu Gurau, behauptet, der damalige Bebauungsplan „war schon überholt, als man ihn aufstellte“, so ist das schlichtweg Quatsch. Denn die Bebauung, die dieser Plan vorsah, war und ist nach wie vor zukunftsweisend. Von einem der renommiertesten Architekten Süddeutschlands, Prof. Hebensberger-Hüther, geplant, nahm er nicht nur Rücksicht auf Flächenverbrauch, sondern ließ auch eine zukunftsweisende, energiesparende Bauweise zu, die den Einsatz moderner und regenerativer Energieträger berücksichtigte. Gründe, warum die Bunte Liste in der Vergangenheit auf eine zügige Umsetzung drängte.

Die Gründe, warum dieser Plan so nicht realisiert wurde, sind anderer Natur. In erster Linie war es eine Frage des Willens. Grundsätzlich mißfiel der Mehrheit des Stadtrats/GWG-Aufsichtsrats der geplante Geschosswohnungsbau und dann auch noch mit den bei der Alpenlandfraktion CSUSPDWLFb unbeliebten Pultdächern.

Ein weiterer Grund war die unternehmerische Umsetzung durch die GWG. In den beschriebenen 12 Jahren brachte es der GWG-Aufsichtsrat fertig, bei dem kleinen Unternehmen 5 Geschäftsführer einzusetzen. Jeder Einzelne verfolgte natürlich andere Ziele - manche auch keine oder nur welche

zum eigenen Vorteil. Eine Vermarktung der zwischenzeitlich von zwei verschiedenen Architekturbüros projektierten Reihenhäusern fand so gut wie überhaupt nicht statt, wäre auch teilweise gar nicht möglich gewesen. Denn die Mehrheit des Stadtrats brachte es fertig, dem städtischen Baugebiet ständig neue private Konkurrenz zu schaffen, in dem sie immer wieder neue private Gebiete auswies - sogar bis zum Bürgerentscheid (Hochbuch, Schneeberghalde).

Die Hauptursache aber war: Die CSU samt ihrem bürgerlichen Gefolge stimmte damals nur zähneknirschend einem Antrag der Bunte Liste zu, im Baugebiet Rothmoos einen Anteil von 50 % Sozialwohnungen vorzusehen. Natürlich war später politisches Ziel dieser Gruppen, diesen Bebauungsplan mit allen möglichen Mitteln zu torpedieren, nur um eine Umsetzung dieses Beschlusses zu verhindern.

Was hat sich nun mit dem neuen Bebauungsplan geändert? Bis auf die Art der Bebauung eigentlich wenig. Die Rahmenbedingungen sind damals wie heute die gleichen. Der GWG-Aufsichtsrat ist in weiten Teilen nach wie vor unfähig, seinen Pflichten nachzukommen. Eine Vermarktung der vorgesehenen Reihen- bzw. Doppelhäuser durch die GWG wird aufgrund privater Konkurrenz zunehmend schwieriger (Bebauung Reichart-Areal, ehem. Escher-Wyss-Gießerei im Motzacher Tobel). Wie vor 12 Jahren schaffte es die Bunte Liste abermals einen Beschluß zu erwirken, der 50 % Sozialen Wohnungsbau vorsieht.

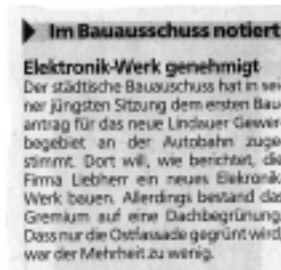
Natürlich kann der neue Geschäftsführer der GWG, der für die Umsetzung zuständig ist und die Erlöse in den maroden Bestand investieren will, darauf warten, die Anzahl der Blockierer und Unfähigen im Aufsichtsrat werde sich nach der kommenden Stadtratswahl minimieren.

Wollen wir's hoffen!

Matthias Kaiser

Bunte Lust – bunter Frust

In dieser Rubrik informieren wir Sie über die wichtigsten unserer Anträge und natürlich darüber, was aus ihnen geworden ist, wer mit uns abstimmte und wie sich die Verwaltung verhalten hat.



Etwas dramatischer, als es dieses LZ-Berichte vermuten läßt, verlief die Diskussion über den Bauantrag der Firma Liebherr. Abgesehen davon, daß von seiten der Stadt bei der Aufstellung des maßgeschneiderten Bebauungsplanes kein verbindlicher Grünordnungs-Begleitplan gefordert wurde, blieben die Interessen der Ökologie auch im Bauantragsverfahren auf der Strecke. Anstatt wenigstens jetzt mit verbindlichen Maßnahmen für einen ökologischen Ausgleich zu sorgen, kniff die Verwaltung und liess sich auf das äußerste Minimum einer begrünnten Ostfassade herunterhandeln. Wirtschaftsförderung? Unser Antrag, als bescheidenen Ausgleich für die anstehende Flächenversiegelung wenigstens eine Begrünung der Dachflächen vorzunehmen, fand – dank Erich Kramer (CSU) – eine 6:4 Mehrheit im Bauausschuss.

Wahrnehmung 1

„Der Stadtrat ist ja ganz schön bescheuert!“, mosert mich kürzlich ein Mitbürger an und bezieht sich dabei auf die Fußgängerunterführungen an der neuen Seebücke, die bekanntermaßen häufig unter Wasser stehen und damit unbrauchbar sind. Entgangen ist ihm dabei, dass die Bunte Liste als einzige Gruppierung von Anfang an gegen diese (noch dazu teuren) Unterführungen gestimmt hat. Stattdessen plädierten wir vehement für die Einrichtung eines preiswerten Zebrastreifens auf Höhe des ehemaligen Cafe Feustel. Nur damit ist ein gesicherter Verlauf des beliebten Uferwegs gewährleistet, ohne dass Fußgänger in den Untergrund absteigen müssen – wenn er nicht gerade geflutet ist.

Wahrnehmung 2

„Ihr Grünen habt ja ganz schön Gegenwind für die anstehenden Kommunalwahlen“, döbert unlängst ein Bekannter, den ich bislang als Sympathisant der Bunte Liste vermutet hatte. Schwer einzuschätzen, wieviele LindauerInnen uns mit der Grünen Regierungspartei gleichsetzen. Dabei verstehen wir uns als „Unabhängige kommunale Wählervereinigung“, in der selbstverständlich auch Grüne Parteigänger willkommen sind. Vom Grünen Kreisverband Lindau würden wir uns allerdings wünschen, zu den kriegstreiberischen Tendenzen der Bundespartei unmissverständlich auf Distanz zu gehen.

Merke: Grün ist nicht Bunt, Bunt ist gegen Krieg.

(siehe auch Kasten: Positionspapier der Bunte Liste, Seite 1)



Ziemlich einsam und verlassen stehen die zwei Wohnblocks der GWG im Oberen Rothmoos: Symbol einer verfehlten städtischen Wohnungsbaupolitik.

Lindauer Straßennamen

Domagkstraße

Im Zusammenhang mit den Straßen-Neubenennungen „Sina-Kinkelin-Platz“ (ein Vorschlag der Bunte Liste Lindau) und auf der Hinteren Insel forderte die Oberbürgermeisterin alle Stadtratsfraktionen auf, Vorschläge für künftige Straßennennungen einzubringen.

Im Gegensatz zu den anderen Fraktionen hat die Bunte Liste im April dieses Jahres eine umfangreiche Liste vorgelegt. Dabei wurden auch Umbenennungen von Straßen vorgeschlagen, die einen militäristischen, kriegsbezogenen Hintergrund haben, z.B. Exerzierweg, Bazienstraße, Zwanziger Straße, Kasernengasse, Dreierstraße.

Überdies wurde angeregt, die Domagkstraße zu untersuchen. Aus der Antragsbegründung der Bunte Liste: „Ihr Name erinnert an Gerhard Domagk (1895-1964). Prof. Dr. med. Gerhard Domagk war Bakteriologe, Direktor der Farbenwerke Bayer AG und erhielt 1939 den Nobelpreis für Medizin. Von Interesse ist, welche Rolle Herr Domagk während der Zeit vor und während des 3. Reiches in den Bayer-Farbenwerken AG bzw. der IG-Farben und bezüglich des NS-Systems und der NSDAP spielte.“

Der Lindauer Stadtarchivar Herr Stauder recherchierte beim medizinhistorischen Institut der Universität Tübingen folgendes: „In KZs wurden Menschenversuche mit Sulfonamiden angestellt, die Domagk in die medizinische Therapie eingeführt hat. Es lässt sich jedoch nicht nachweisen, dass Domagk an diesen Versuchen beteiligt war geschweige denn davon wusste.“ Weil er sich schriftlich bei der Nobel-Stiftung für den Nobelpreis bedankt habe, habe die Gestapo Herrn Domagk „für eine Woche ins Gefängnis“ gesteckt. Der Bunte Liste liegen aber noch andere Informationen vor. Im Buch „Menschenversuche – die tödlichen Experimente deutscher Ärzte“ (Piper Verlag 1996) hat Peter Ferdinand Koch im Zusammenhang mit B-Krieg und Experimenten mit Gefangenen, die „tödlichen Bakterienkulturen“ ausgesetzt worden sind, folgendes geschrieben: „Der Nobelpreisträger (1939) Prof. Dr. Gerhard Domagk impfte (als Leiter des Bayer-Instituts für experimentelle Pathologie und Bakteriologie) Menschen B-Kulturen ein. Auftraggeber: Prof. Dr. Joachim Mrugowsky, der Chef des Hygiene-Instituts der Waffen-SS.“

Alexander Kiss

Impressum

V.i.S.d.P.: Karlheinz Brombeis, Kalkhütte 1, 88131 Lindau
Auflage: 11.000 Exemplare, www.bunteliste.de
Gestaltung: monomer - Produktion: Druckerei Kleb